



Wie jedes Jahr stellen wir unsere Haushaltrede unter ein Motto. Und wie es der Zufall so will, entspricht unser Motto dem Gütersloher „Unwort des Jahres“.

Unsere 21. Haushaltsrede stellen wir unter das Motto:

- **machbar → Machbarkeit → MACHBARKEITSSTUDIE**

Wie konnte nur ein Wort aus einer an sich so positiven Wortfamilie in Verruf geraten? Wir wollen im Folgenden versuchen, die ursprünglich positive Bedeutung dieser Wortfamilie wieder zu heben.

In 5 Tagen ist Heilig Abend, Weihnachten steht vor der Tür. Das Fest des Friedens, der gegenseitigen Rücksichtnahme. Schon mal vorab, Herr Bürgermeister: Mit dem Haushalt 2020 können wir keinen Frieden schließen.

Bei der Einbringung des Haushaltes sprachen Sie, Herr Schulz, von *„verantwortungsvoller Aufstellung des städtischen Haushalts, vom Ausloten der Grenzen und zwar genau dort, wo neue und weitere Herausforderungen anstehen“*.

Das von Ihnen und der Kämmerin eingebrachte Zahlenwerk hat uns jedoch die Grenzen aufgezeigt. Grenzen zwischen Traum und Wirklichkeit, die Herausforderung zur **Machbarkeit**. In den Studien liest sich alles so einfach, ist alles **machbar**. Sie als Planer und Macher hätten es wissen müssen, Herr Bürgermeister, und sind mit Ihrer in der Haushaltseinbringung gelobten Dynamik gescheitert.

„Zuversichtlich und gut vorbereitet“ wollten Sie in das Jahr 2020 gehen. *„Wir kalkulieren begründet und umsichtig die Ausgaben und Einnahmen und planen mit Augenmaß die nächsten Jahre. Wir sind weiterhin auf einem guten Weg mit einem solide finanzierten Etat.“*

Leider nein, Herr Schulz, Sie haben sich verlaufen und sind vom guten Weg abgekommen! Von einem solide finanzierten Etat kann definitiv keine Rede sein. Die Risiken und unsere Zweifel an einer guten Kosten-Nutzen-Relation in Bezug auf viele Projekte in dieser Stadt wiegen zu schwer, als dass Sie behaupten können, diese Projekte mit Augenmaß geplant zu haben.



Nehmen wir einige Ihrer Projekte, Herr Bürgermeister, mal unter die Lupe:

Der von Ihnen hochgelobte „Digitale Aufbruch“ hat durch den von CDU und GRÜNEN eingeforderten digitalen Haushaltsplan den ersten Schiffbruch erlitten.

Im August sind von den Fachbereichen die Daten für den Haushalt erstellt worden. Entscheidungen, die danach gefällt wurden, konnten in den Haushaltsentwurf, der über 4 Wochen später eingebracht wurde, nicht mehr eingearbeitet werden. Da haben wir uns von der Umstellung mehr versprochen, insbesondere mehr Aktualität und – ganz nebenbei erwähnt – eine höhere Benutzerfreundlichkeit. Ist da nicht mehr **machbar**? Vielleicht sind das alles nur Geburtswehen? Noch glauben wir es nicht. Dass wir heute den altbewährten Papierhaushalt in PDF-Format abstimmen, ist aus unserer Sicht bezeichnend.

Die Kämmerin rief im Oktober dazu auf, *„die Dynamik an einigen Stellen herauszunehmen, Wünsche und Erwartungshaltungen zu reduzieren und mit unseren finanziellen Möglichkeiten in Einklang zu bringen und für freiwillige Leistungen nicht das Füllhorn auszusütten.“*

Ungeachtet dieser Warnung verdoppelten CDU und GRÜNE mit Unterstützung des Kulturdezernenten sowie des Bürgermeisters den jährlichen Zuschuss an das Stadtmarketing um ca. 430.000 € auf 881.000 €. Eine Steigerung von 104 Prozent, wie sie trotz sich eintrübender Konjunkturprognosen in 20 Jahren Ratsmitgliedschaft der **BfGT** noch nicht vorgekommen ist. Wir sind gespannt, ob die GTM dieses aus unserer Sicht zu schnelle Wachstum verkraftet und den Vorschusslorbeeren der Mehrheitsfraktionen gerecht wird.

Fast zeitgleich wollte der Verwaltungsvorstand dagegen im Verhältnis dazu bescheidene Zuschusserhöhungen an das „Familiencafé Kinderleicht“ des Kinderschutzbundes oder an die Suppenküche nicht befürworten. Wie so oft ist alles eine Frage der Prioritäten. Unsere Frage: Wo denn das soziale Gewissen des Verwaltungsvorstandes bleibt bzw. wo die Reise in Zukunft hingehen soll, konnte oder wollte der zuständige Beigeordnete nicht beantworten.



Mit einem Investitionsvolumen von rund 71,3 Millionen € stellt die Verwaltung nach dem Vorjahr (64,6 Millionen €) einen neuen Rekord auf.

Dass diese Vorhaben aufgrund des seitens der Verwaltung immer wieder propagierten Personalmangels nicht machbar sind, war uns als **BfGT**Fraktion schon lange klar:

„Der Bürgermeister rechtfertigt die Rekordinvestitionen teilweise mit den niedrigen Zinsen, doch hat er anscheinend die explodierenden Bau- und Planungskosten dabei außer Acht gelassen, die Niedrigzinsen bereits wieder pulverisierten“ waren wir uns bereits in unserer Rede zum Haushalt 2018 sicher.

Auch Folgendes erwähnten wir in unserer Rede vom 15. Dezember 2017:

„Wirtschaftliche Verhältnisse können sich innerhalb von kürzester Zeit stark ändern. Wenn sich Maßnahmen dann bereits in der Umsetzung befinden, werden wir sie nicht mehr stoppen können. Wir haben Zweifel daran, dass diese Maßnahmenhäufung mit der personellen Ausstattung zu bewältigen ist. Ein nacheinander Bearbeiten und neu bewerten, halten wir für besser. Wenn noch nicht einmal klar ist, wie diese notwendigen Investitionen umsetzbar sind, besteht keinerlei Raum für Wünsche im Bereich der Investitionen, die man eigentlich nicht braucht, jedoch trotzdem gerne hätte.“

Wäre es nicht **machbar** gewesen, werte Damen und Herren des Verwaltungsvorstandes und Ratsmitglieder von CDU und GRÜNEN, unseren Worten von damals Glauben zu schenken? Konnten wir nicht auf Investitionen verzichten, die nicht wirklich benötigt, sondern nur gewünscht waren? Wir denken hier an die Stadthallenfassade oder den Konrad-Adenauer-Platz. Hätten wir uns nicht damals schon konzentrieren sollen auf das, was wirklich wichtig und gleichzeitig auch **machbar** war? Das hat nichts damit zu tun, einzelne Projekte gegeneinander auszuspielen, sondern es ist die Verdeutlichung einer Priorisierung. Das wäre ehrlich und für den Bürger transparent gewesen. Und so stehen wir heute hier und machen uns ernsthafte Sorgen, dass die Priorität des seit 10 Jahren von den Grundschulleitungen dringend geforderten Grundschulausbau immer weiter nach hinten geschoben wird, weil irgendeine Fassade oder ein Platz eine Aufhübschung benötigt.



Dieser Haushalt enthält ein Investitionsvolumen, welches mit dem vorhandenen Personal nicht abzuarbeiten ist.

Ja, sich Ziele setzen ist wichtig und richtig! Aber Hürden schaffen, die nicht zu bewältigen sind, ist frustrierend, demotivierend für alle Beteiligten und zudem auch noch falsch.

Direkt zum Thema Investitionen passt das Thema Baukostensteigerung, werte Mitglieder des Verwaltungsvorstandes. Es ist schwer zu glauben, dass die Entwicklung explodierender Kosten an Ihnen vorüber gegangen sein soll. Sie leiten die Geschäftsbereiche und sind folglich auch verantwortlich für die Fachbereiche, die an der Umsetzung beteiligt waren:

- Stadthallenfassade – Herr Kimpel.
- Kunsthaus des städtischen Gymnasiums und 3. Gesamtschule Herr Matthes.
- Frau Lang in Bezug auf die Kostenexplosion bei den Grünflächen bzw. Außenanlagen
- Feuerwehr – Frau Lang und Herr Schulz.

Immer wieder wurden Projektsteuerer erwähnt. Frau Herrling: Wäre es nicht **machbar** gewesen, die jeweiligen Büros zu bitten, in kurzen Intervallen zu berichten? Benötigen wir nicht einen Controller, der wiederum die extern Beauftragten kontrolliert? Dem Verwaltungsvorstand war es nicht deutlich, dass bei der Dritten Gesamtschule die Kosten steigen? Bereits am 21. August berichteten alle drei Gütersloher Tageszeitungen von Kostensteigerungen der Dritten Gesamtschule, die Frau Herrling bei einer Baustellenbegehung zum Ende der Sommerferien gegenüber den Medien ankündigte. Spätestens hier hätten Sie, Herr Bürgermeister hellhörig werden müssen, insbesondere als eine Person vom Fach. Herr Matthes, Sie waren übrigens auch dabei.

Wer weiß, wie es weiter gegangen wäre, wenn die **BfGT**Fraktion nicht die Initiative ergriffen und mit der SPD den entsprechenden Antrag gestellt hätte. Wir fordern weiterhin die Offenlegung aktueller und vergangener Berechnungen sämtlicher Gewerke, die in Zusammenhang mit der Errichtung der genannte Bauprojekte stehen. Dazu gehören u. a. die Ausstattung und Einrichtungen sowie sämtliche Nebenkosten.



Um eines sehr deutlich herauszustellen: Wir schieben nicht hauptsächlich Ihnen, Frau Herrling, den schwarzen Peter zu. Die oberste Verantwortung für alle Projekte, insbesondere solcher Großprojekte wie die Dritte Gesamtschule, obliegt Ihnen, Herr Bürgermeister. So ein großes und zugleich wichtiges Projekt muss immer Chefsache sein.

Sie waren weder bei der gemeinsamen Sitzung des AWI (Ausschuss für Wirtschaft und Immobilien) und BA (Bildungsausschuss) anwesend, noch gab es eine öffentliche Stellungnahme Ihrerseits im Rahmen der Pressekonferenz vor genau dieser Ausschusssitzung – eine Stellungnahme, die die Öffentlichkeit erwartete. In dem Arbeitskreis zur 3. Gesamtschule haben wir Ihr Engagement, Herr Schulz, bisher vermisst. Hier erwarten wir von Ihnen mehr.

Das wäre doch alles **machbar** gewesen, oder?

Und dann kam die Stellungnahme indirekt doch: Im Interview mit der Glocke vom 20./21. November kündigten Sie Konsequenzen an und schoben in aller Öffentlichkeit der Baudezernentin den schwarzen Peter zu. Das gehört sich nicht, Herr Bürgermeister! Konsequenzen ja, öffentliche Schuldzuweisungen und sich dabei die Hände in Unschuld waschen, nein! Als oberster Dienstherr einer Behörde stellt man sich öffentlich und in aller Deutlichkeit vor seine Mitarbeiter und übernimmt die Verantwortung. Wie das Donnerwetter dann hinter den Kulissen aussieht, ist eine andere Sache.

Bestimmt erinnern Sie sich noch an die Bushäuschen-Debatte oder die Diskussion um die verlorenen Parkplätze aufgrund der Umgestaltung des Rathausvorplatzes. Auch zu diesen Themen ließen Sie andere sprechen.

Sie, Herr Bürgermeister, möchten eine Arbeitgebermarke für potentielle Bewerber entwickeln. Die Verwaltung hat im Haushalt dafür bereits die entsprechenden Mittel eingestellt. Auch ein von Ihnen als wichtig eingestuftes Projekt, Herr Schulz.

Eigentlich ein sehr guter und **machbarer** Plan. Leider können sich die Beteiligten dies jetzt erstmal sparen.



Wer möchte sich denn noch um einen Verwaltungsposten in einer Stadt bewerben, in der man vom Bürgermeister öffentlich in die Pfanne gehauen wird, wenn es eng wird.

Die Verantwortlichen müssen zunächst den von Ihnen hinterlassenen Scherbenhaufen zusammenkehren, bevor sie sich dem hochsensiblen Thema Arbeitgebermarke weiter widmen können.

Was wäre / ist noch alles **machbar** in unserer Stadt?

Das Thema „Aufbruch Wohnen“ und das „Mansergh-Quartier“ als zukünftiger Bildungs-/Wohn- und innovativer Gewerbestandort sind Projekte großem Potenzial für unsere Stadt und von ganz anderer Größe als die bisherigen. Noch sind wir nach Abschluss der ersten Wettbewerbsstufe in der Lage hier die Weichen besser zu stellen und diese Chance dürfen wir nicht vertun. Deshalb sollten sich alle, die an diesen Aufgaben beteiligt sind, jetzt die Hand geben, gegenseitige Schuldzuweisungen unterlassen und gemeinsam für unsere Stadt ihre Kräfte bündeln.

Machbar sind auf jeden Fall die beschlossenen Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz, die der Rat mit großer Mehrheit zur kurzfristigen Umsetzung beschlossen hatte. Für die **BfGT**Fraktion ist es wichtig, dass wir die Bürger nicht bevormunden, ihnen nichts verordnen, sondern sie mitnehmen auf die Reise in die Zukunft. Ob mit Bus oder Bahn, dem Fahrrad, dem Auto oder auch zu Fuß. Die Verkehrswende geht uns alle an. Darüber hinaus halten wir es für wichtig, die Umweltverbände und alle, die sich bisher engagiert und mit Vorschlägen eingebracht haben, noch enger in die weiteren Planungen einzubinden. So senden wir ein Signal, nichts über die Köpfe der Bürger hinweg, sondern gemeinsam mit ihnen zu entscheiden und dafür Sorge zu tragen, was für unsere Stadt am besten ist und das Gütersloh, die Stadt im Grünen in Zukunft – und das meinen wir vollkommen unpolitisch – noch grüner werden kann.

Es wäre z.B. **machbar** gewesen, in der Einbringung zum Haushalt nicht nur stolz den Schuldenstand von „nur“ 66 Millionen zum Ende 2019 zu präsentieren, sondern ehrlich und transparent gewesen, den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten zu Ende 2021 zu benennen. Auch der Anstieg der Schulden zum Ende des Haushaltsjahres 2020 auf über 107 Millionen € fand leider keine Erwähnung.



Erst auf Anfrage der **BfGT**Fraktion prognostizierte die Kämmerin bis Ende 2023 einen Schuldenstand von ca. 250 Millionen €, die aktuellen Entwicklungen nicht inbegriffen. Die Bürger unserer Stadt möchten wissen, wohin die Reise geht und wie ihre Steuermittel eingesetzt werden. Der Bürgermeister spricht von einer transparenten Verwaltung und gerade deswegen sollten wir den Bürgern auch reinen Wein einschenken und keine Weihnachtsmärchen erzählen.

Machbar sollten auch die dringend benötigten Stellenausweitungen für die Schul- und KiTa-Reinigungen sowie die Hausmeister-springer sein, die von CDU und GRÜNEN vorerst genauso abgelehnt wurden, wie unsere mit der SPD und den Linken beantragten Stellenvorschläge im schulischen Bereich.

Mit dem Budget könnte vieles **machbar** sein! Wie aber schon so oft von uns in Haushaltsreden oder Ausschüssen erwähnt, ist es eine Frage der Prioritäten. Unsere Prioritäten werden bei diesem Haushaltsentwurf leider mal wieder nicht ausreichend berücksichtigt, obwohl es so leicht machbar gewesen wäre.

Im Rahmen unserer Verteidigung haben wir uns verpflichtet, zum Wohle der Gemeinde und damit meint die **BfGT**Fraktion auch zum Wohle der Bürger zu handeln.

Im aktuellen Haushaltsentwurf finden wir leider keine Antwort, wie bzw. mit welchen Mitteln der Bürgermeister dazu beitragen möchte, den sich abzeichnenden Rekordschuldenberg zu verhindern. Wir sind davon überzeugt, dass es **machbar** gewesen wäre und zwar aus eigener Kraft und ohne eine externe Studie in Auftrag geben zu müssen!

Auch mit Blick auf unsere Nachfolgenerationen bleibt der **BfGT** Fraktion nichts anderes übrig, als den Haushalt 2020 abzulehnen.

Frohe Weihnachten und alles Gute

Nobby Morkes
(Fraktionsvorsitzender)

Es gilt das gesprochene Wort